

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreies Haus monatlich 80 M., Einzelverkaufspreis 4,00 Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905.

Die Unzeigengebühr beträgt für die achtgepaarte Pessizelle oder deren Raum 12,00 M., Versammlungs-, Werbe- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 St., 25 M.

Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.

Fernruf: 926.

STAGES-ZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

ZÜCKERER SPIEGBOTE

Nummer 204.

Samstag, 1. September 1922.

29. Jahrgang.

Die Entscheidung.

Nein Moratorium für Deutschland. Ein Zahlungsausschub bewilligt.

TL. Paris, 1. September.

Die Reparationskommission hat gestern abend, nachdem sich die Verhandlungen unerwartet lange hinausgezogen hatten, um 18 Uhr die Entscheidung über das deutsche Moratorium gefällt. Sie hat auf die erste Frage, ob Deutschland für die nächsten Zahlungen ein Moratorium gewährt werden soll, mit „Nein“ geantwortet. Für das Moratorium stimmte nur der englische Delegierte, Belgien und Frankreich dagegen, während der italienische Vertreter sich der Stimme enthielt, was verantwördlich ebenfalls als Abweisung gewertet ist. Zweitens hat aber auch die Reparationskommission einstimmig, also den französischen Delegierten inbegriffen, den belgischen Kommissar vorschlag angenommen, wonach Deutschland bis Ende des Jahres ein Zahlungsausschub für die Vorleistungen gewährt wird in dem Sinne, daß Belgien an Stelle der Vorauszahlungen sechsmonatige Schatzwechsel annimmt. Über die Sicherstellung dieser Wechsel wird die deutsche Regierung direkt mit der belgischen Regierung verhandeln. Belgien soll es absolut freigestellt sein, sich mit Deutschland über die Garantien nach eigenem Gutdünken zu einigen.

Der Entschluß der Reparationskommission.

TL. Paris, 1. September.

Der Entschluß der Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission hat die Ehre, auf den Brief des deutschen Reichskanzlers vom 12. Juli zu antworten. In Hinblick auf die Tatsache, daß die Reparationskommission nicht in der Lage ist, das von der deutschen Regierung beantragte Moratorium zu bewilligen, glaubt sie auch nicht in der Lage zu sein, sich über die Vorschläge auszusprechen, die von der deutschen Regierung wegen der Kohlen- und Holzlieferungen gemacht wurden. Die Reparationskommission behält sich übrigens das Recht vor, Maßnahmen zu fordern, die den von der deutschen Regierung gestellten Anträgen entsprechen, falls in der Zukunft die Kohlen- und Holzlieferungen nicht befriedigend stattfinden. Nachdem die Reparationskommission die Bitte wegen des Moratoriums vom 12. Juli 1922 geprüft und die Tatsache berichtet hatte, daß Deutschland seinen inneren und auswärtigen Kredit verlor und daß die Mark ständig bis auf das Vielfache unter den normalen Wert herabfiel, beschloß sie, ihre Entscheidung über die Bitte der deutschen Regierung zu vertagen, bis die deutsche Regierung ihren Beschluß wegen einer Finanzreform ergänzt hat, die sich bezieht

1. auf die Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget,
2. auf die Verminderung der deutschen auswärtigen Verpflichtungen, soweit diese für die Wiederherstellung des deutschen Credits notwendig sind. Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, falls die in der Reparationskommission vertretenen Mächte ihre Zustimmung geben.

Teuerungskratalle.

Das „Hamburger 8-Uhr-Abendblatt“ läßt sich aus Berlin drucken: „Leider tut die deutsche Regierung, durch die Reparationsfrage gelähmt, gar nichts, um innere Unruhen dorthin abzuwehren. Dabei mehren sich die Fälle, wo das Publikum zur Selbsthilfe greift. Nachdem es bereits in Braunschweig zu argen Szenen gekommen ist, hat der Berliner Stadtteil Neukölln die ersten Sturmzonen erlebt. Auf dem Markt wurden die Verkaufsstände niedergeworfen, namentlich die der Butter- und Margarinehändler. Die Polizei hat die Händler vor Misshandlungen nur mit Mühe und Not schützen können. Man kann sich vorstellen, daß Sanktionen, die uns drohen, zu einer sprunghaften Erhöhung aller Preise führen, und daß dann die Wut des Volkes sich kaum noch durch Polizeimassnahmen bekämpfen lassen wird. Der Regierung kann der Vorwurf nicht erstanden werden, daß sie bisher nichts ernstlich versucht hat.“

Die preußische Regierung behaftigt, über die Maßnahmen des Reiches hinaus Schritte gegen den Wuhrer und die Teuerung zu unternehmen. Zu diesem Zweck hat der preußische Ministerpräsident Genosse Braun eine Ministerialversammlung einberufen, die sofort nach seiner Rückkehr aus dem Rheinland zu der Entwicklungslage Stellung nehmen soll.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

SPD. Breslau, 31. August. (Sig. Drahtüber.)

Bei politischer Seite wird jetzt für die Autonomie eines Staates in Deutsch-Oberschlesien am kommenden Sonntag die Abstimmung in Wahlen stattfinden ausgegeben. Damit dürfte eine Abstimmung für das Verbündete Deutsch-Oberschlesiens bei keinem gefährdet sein, sondern das Zentrum, das ursprünglich

3. Währungsreformen.

4. Ausgaben von auswärtigen und inneren Anleihen, um die deutsche Finanzlage zu befestigen.

Um für die Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen die notwendige Zeit zu geben, stimmt die Reparationskommission zu, daß die deutschen Fälligkeiten vom 15. August und 15. September und, wenn in der Zwischenzeit keine anderen Vereinbarungen getroffen werden, auch die späteren Zahlungen zwischen dem 15. Oktober und 31. Dezember 1922 durch sechsmonatige Wechsel gedeckt werden sollen, die in Gold zahlbar sind und in einer Weise garantiiert werden sollen, die zwischen den deutschen und der belgischen Regierung vereinbart werden soll (denn Belgien sollen diese Zahlungen zufallen), oder falls solche Übereinkünfte nicht zustande kommen, soll der entsprechende Betrag in Gold in einer von der belgischen Regierung bestimmten Bank hinterlegt werden.

*

Zusammenkunft der Parteiführer.

Berlin, 31. August.

Am Donnerstag abend versammelten sich die Führer sämtlicher Parteien, ausließlich der Kommunisten, beim Reichskanzler. Sämtliche in Berlin weilenden Minister nahmen an der Sitzung teil. Die Sozialdemokratische Partei war vertreten durch die Genossen Scheidemann und Braun-Franken. Genosse Weiss sprach schon vormittags beim Reichskanzler vor, da er abends zur Beerdigung seines Genossen Diez nach Stuttgart abreisen mußte. Von den Unabhängigen waren anwesend Breitscheid und Dietmann von dem Zentrum Spahn und v. Gerhard. Die Deutschnationalen hatten Helfrich sowie die Herren Hartig und Westarp entsendt. Die Demokraten waren durch Koch und Ertel vertraten. Der Reichskanzler gab einen ausführlichen Überblick über die Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission in Berlin. Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete er besonders dem letzten deutschen Verteilungsvorschlag. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden vom Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsarbeitsminister Braun in ihren Einzelheiten noch weiter ausgeschöpft. Da die Sitzung der Reparationskommission in Paris erst auf nachmittags 6 Uhr anberaumt worden war, konnten Nachrichten über eine eventuelle Entscheidung in Berlin noch nicht vorliegen. Die Parteiführer stellten deshalb die Debatte über die Mitteilungen des Reichskanzlers zurück und begnügten sich vorläufig mit der Beantwortung einzelner von ihnen gestellten Fragen. Der Reichskanzler hat zum Schluß der Begegnung, sich bereit zu halten, damit sofort nach Übermittlung der Entscheidung der Reparationskommission die Beratungen fortgesetzt werden können.

Heute, Freitag vormittag, trat der Übermachungsausschuss des Reichstages zusammen, um sich mit der Frage weiter zu beschäftigen.

Die ganze Abstimmung angeregt hatte, auf Grund besonderer Konzessionen der preußischen Regierung ebenfalls für das Verbleiben bei Preußen sich ausgedehnt hat und einer Einheitsfront der deutschen Partei nach der letzten Erklärung der Polen keinerlei Gegenstimmen mehr gegenüberstehen. Der materielle Inhalt der Autonomiewünsche des Zentrums, nämlich die Stellung von katholischen, oberschlesischen Beamten für die leitenden Verwaltungsposten, ist bekanntlich durch ein besonderes Heik über die oberschlesische Autonomie zugestanden worden. Seit dieser Entscheidung hat die formelle Abstimmung kein großes Interesse mehr in der von wirtschaftlichen Nöten bedrängten Bevölkerung gefunden.

Siegreicher Normarsch der Türken.

WTB. Paris, 30. August.

Aus Ankara wird berichtet, daß die Stadt Eskisehir von der türkischen Armee nach erbittertem Kampf besetzt worden sei. Der türkische Normarsch in allen Abschnitten dauernd an, in der größten Tiefe erreichte et 70 Kilometer. Nach weiteren Meldungen aus Ankara haben die Türken die griechischen Stellungen im Mäanderabschnitt in Besitz genommen und zahlreiche Gefangene gemacht. Die Griechen ziehen sich im Abschnitt Afyon-Karaman zurück. Die Türken ergriffen Besitz von den Stellungen im Südwesten von Denizli (?)

Der jugoslawisch-jugoslavische Allianz-Vertrag ist Donnerstag vormittag unterzeichnet worden.

Dollar kurs.

An der Börse setzte der Dollar heute mit 1700 ein. Er fiel dann auf 1100 und stieg später auf 1400.

Zum letzten Male: Die Amtsblattfrage.

Dr. L. Uebel, 1. September

Reichlich viel wurde über diese Frage schon geschrieben. Alle Meinungen sind im „Volksboten“ zu Wort gekommen. Der Gen. P. Löwigt vertrat den Standpunkt des Senats; der Gen. A. Kasbohm verteidigte u. C. mit Geschick den Beschuß der Bürgerschaft. Auch der Gen. Dreger hat das Wort genommen; er bekannte sich zwar als Anhänger der Senatsmeinung, führte aber eine ganze Reihe ausschlaggebender Gründe für den Beschuß der Bürgerschaft an.

Nun kommt am nächsten Montag die ganze Angelegenheit in der Bürgerschaft zum dritten Male zur Verhandlung. Der Senat weigert sich beharrlich, den Willen der Bürgerschaft auszuführen. Er beantragt deshalb die Einsetzung eines sogenannten Vertrauenausschusses, der entscheiden soll. Gewiß etwas Merkwürdiges in einer Demokratie, daß nicht die Volksvertretung die höchste Instanz ist, sondern ein kleiner Ausschuß.

Klar muß man sich darüber sein, daß die eventuelle Einsetzung dieses Ausschusses einen Sieg des Senates über die Bürgerschaft verbürgt. Das haben wir schon in einem früheren Aufsatz nachgewiesen.

Es wird also der Kampf am Montag weniger um den Ausschuß, als wieder um die Sache selbst entbrennen. Wir wollen deshalb nochmals kurz den Streitfall aufstellen.

Seit Jahren bemühte sich die Bürgerschaft vergeblich, den Senat zur Schaffung eines besonderten Amtsblattes zu bewegen. Nach dem Rathenaumordnung machte man endlich ernst! Unterdessen hatte sich aber allerlei geändert. Die Papierpreise usw. sind so sehr gestiegen, daß ein besonderes Amtsblatt monatlich mindestens 30 bis 50 Mark als Bezugspreis nehmen müßte. Wer könnte sich bei solchem Preis das Amtsblatt halten? Höchstens 400—500 Abonnenten kämen in Frage. Das widerstreicht erstens dem Charakter des Amtsblatts als Veröffentlichungsorgans für die Bevölkerung und würde dem Staat dazu noch einen Zufluss von Millionen kosten.

Diese neuen und ganz andersartigen Verhältnisse bestimmten die sozialdemokratische Fraktion natürlich zu einer anderen Stellungnahme. Sie gab — im Interesse des Staates und im Interesse der breiten Bevölkerung — ihren alten Standpunkt auf. Und sie verlangte jetzt, daß der „Lübecker Volksbote“ die amtlichen Bekanntmachungen zu bringen habe.

Schrecklich für den Senat! Das ging ihm entschieden zu weit. Zwar sah er seine Möglichkeiten mehr, die alten lieben „Lübeckischen Anzeigen“ noch weiter zu hegen und zu pflegen, aber der „Volksbote“! Nein, das war ihm doch zu viel!

Der Senat machte deshalb jetzt einen Gegenvorwurf. Wenn die „Lübeckischen Anzeigen“ schon nicht mehr Amtsblatt heißen, dann sollen eben alle Lübecker Zeitungen die amtlichen Mitteilungen veröffentlichen. Dieser Gegenvorwurf wurde von der Bürgerschaft abgelehnt. Aus guten Gründen. Er steht in Lübeck Finanzen nicht so glänzend, daß man die vielen Insertionskosten ohne weiteres bezahlen kann. Und zweitens bliebe dann alles beim alten; denn die Herren oberen Beamten würden dann nach wie vor in allen Amtsstuben ihr monatliches Lieblingsblatt aufliegen lassen. (Wie sieht es jetzt bewußt haben!) Ist die Republik sich selbst nicht eine gewisse Achtung schuldig? Keinen Hehl hat die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion daraus gemacht, daß für sie neben finanziellen Erwägungen auch grundsätzlich eine Rolle spielen. In die Amtsstuben der Republik gehört ein republikanisches Amtsblatt!

Das ist der Inhalt des Streites. Jeder Vorwurf, der gemacht wird, danach zugeben müssen, daß die Kritik des Gen. P. Löwigt an der sozialdemokratischen Fraktion in wesentlichen Punkten daneben traf, wie ja auch der Gen. Kasbohm in diesen Spalten schon nachgewiesen hat.

Wie der Konflikt sich nun weiter entwickeln wird, ist nicht abzusehen. Aber eines ist vorauszusehen: die Bürgerschaftsmehrheit wird von ihrem zweimaligen Beschuß nicht abweichen; sie wird deshalb höchstwahrscheinlich der Einsetzung des Vertrauenausschusses ihre Zustimmung verfoggen. Was aber dann? Wird der Senat in seiner Weigerung verharren?

In seiner Rede zur Verfassungsfeier betonte der Bürgermeister, daß das Reich und alle seine Länder demokratisch-parlamentarisch regiert würden. Wir nehmen an, daß der Bürgermeister die Auswirkung einer solchen Regierungsform kennt. Wenn der Senat sich bei seinen Entschlüsse etwas von demokratisch-par-

lamentarischen Erwägungen — auch wenn der Buchstabe der Verfassung es nicht ausdrücklich verlangt — leiten läßt, so kann seine Haltung nicht zweifelhaft sein. Dann hat er den wiederholten Willensausdruck der Bürgerschaft zu erfüllen. Die nächsten Wochen müssen das erweisen. Die Versuchung für den Senat ist ja zweifellos sehr groß, jetzt alles einfach auf die lange Bank zu schieben und den vorläufigen Zustand zu einem dauernden zu machen. Aber auch dagegen hat die Bürgerschaft ihr Abwehrmittel: sie wird dem Senat erklären, daß sie die vierfachen Mittel für eine vierfache Veröffentlichung der amtlichen Anzeigen unter keinen Umständen, auch nicht nachträglich, bewilligen wird. Und dann wird der Senat lächlich doch noch wirklich ehrenvollem Kampf die Waffen schaden müssen.

Eine Schlussbemerkung können wir nicht unterdrücken: der Aufwand, den die Durchführung einer doch verhältnismäßig wenig einschneidenden Änderung nach unserer Verfassung kosten kann und in diesem Falle kostet, ist etwas reizlich. Andere Verfassungen sehen für solche „Konfliktfälle“ füreure und schwierigere Prozeduren vor. Auf die Dauer wird sich eine „demokratisch-parlamentarische“ Politik des einen oder anderen Punktes unserer Verfassung deshalb nicht vermeiden lassen.

Auf dem Wege zur Einigung.

Die Einigungsverhandlungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind in gutem Fortgang begriffen. Es wurde bereits bekanntgegeben, daß die beiden Parteivorsitze schon vor mehreren Tagen den Beihang sagten, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, das am 3. September beraten werden soll. Nunmehr haben sich die unabhängigen Sozialdemokratien entschlossen, mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihrer Parteitag, der ursprünglich auf den 1. Oktober angelegt war, auf den 26. September vorzuerlegen. Der unabhängige Parteitag findet in Hera statt, auf seiner Tagesordnung steht hinter dem Geschäftsbericht und dem Bericht der Reichstagsfraktion als besonderer Punkt „Einigung des Proletariats“. Referenten sind Cipriani und Ledebour. Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt, die ursprünglichen Wahltermine werden beibehalten.

Wenn die beiden Parteitage in den politischen Fragen und in der Frage der Einigung des sozialistischen Proletariats zu übereinkommenden Beschlüssen kommen, dann soll die Möglichkeit gegeben sein, daß am Sonntag, dem 24. September, eine gemeinsame Tagung beider Parteien stattfindet, als deren Ort Nürnberg in Betracht genommen ist.

Bern, 21. August.
Die Leitung der sozialistischen Partei der Schweiz hat an das in Frankfurt regende Exekutivkomitee der Wiener Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung gesandt, in der es heißt, die Vereinigung der U. S. S. mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bedinge die Nichterstattung dieser Einigung auf internationalem Boden. Keinesfalls jedoch schließe die Selbständigkeit der Wiener Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit einer internationalen Vereinigung zur gewinnreichen Aktion mit anderen internationalen Kleinorganisationen aus, sofern es sich um die Durchführung sozialistischer Ideen und Praktiken handele.

Aus Geßlers Reich.

SPD. Der Reichsminister Geßler hat sich mehrfach im Reichstag und zuletzt in einem klaren Erfolg an die Reichswehr über eine „Lügenpropaganda“ beschwert, die angeblich gegen die Reichswehr betrieben werden soll. Unfehlbar bessern unterbreiten wir ihm und der Allgemeinheit folgenden Fall zur Beurteilung: Bei dem Reichswehr-Regiment Nr. 18 gab es bisher — seitensweise — noch eine Anzahl rechtsdienstlich getrimmter Soldaten, die bis hinauf durch die offene monarchistische Propaganda ihrer Vorgesetzten befürchtet wurden. Sie arbeiteten einen Schaden aus, in dem z. B. folgende Fälle bemerkbar waren: Bei einer Kaisergeburtstagefeier am 27. Januar 1922, die im Seminarger bei Neukirchen vom Reichswehrangehörigen veranstaltet war, ließ ein Fahnenhelfer Ritt die Monarchie hoch leben. Zwei Unteroffiziere, die sich weiterhin in den Händen einzuhalten, wurden von dem Fahnenhelfer bestimmt. Der gleiche Fahnenhelfer hat in jener Stunde nebeneinander das Bild des Kaisers und das heilige Radenschild Eberis angebracht. Am verfeindeten Stab

und in provozierender Weise Schwarz-weiß-rote Fahnen und Kaiserbilder angebracht, ohne daß das bei den Stubenrevisionen genugt wurde. Eine ganze Anzahl Offiziere und Unteroffiziere tragen noch heute die Schwarz-weiß-rote Kofarde. Im Kameradschaftsheim liegen nur recht stehende Zeitungen aus, die der Bataillonskommandeur selber anschafft und ausgibt. Bei der Einweihung des Unteroffizierkofrades wurde „Heil Dir im Siegerkranz“ gesungen. Auf einem Marsch stimmen einige Unteroffiziere monarchistische Lieder an und erkläre den, die es sich verbitten, solch: „Hier marschiert die Reaktion!“ Ein Unteroffizier trägt die republikanische Kofarde verteilt herum und erklärt dieses: „Wir stützen die Republik um.“

Und die Wirkung dieser Beschwerde? Gegen die Monarchisten geschieht nichts, aber der Geßler, der die Sache verdeckt hatte, wurde verhaftet und sitzt noch jetzt inhaft, die übrigen Mannschaften, die mit ihrer Unterschrift die Wahrheit der Angaben bestätigt haben, wurden mit Zuchthaus und Degradierung bestraft. Sechzig Soldaten hatten die Wahrheit der Angaben bestreitet. Lügenpropaganda gegen die Reichswehr, Herr Geßler?

Für die Auflösung des sächsischen Landtags.

Einheitsfront der Rechtsparteien und Kommunisten.

SPD. Dresden, 1. September. (Eig. Drahtber.) Seit Monaten sind die bürgerlichen Parteien Sachsen bestrebt, die sozialistische Regierung unmöglich zu machen. Sie haben nichts unverucht getan, um dieses Ziel zu erreichen und lediglich unter Zuhilfenahme der übelsten Mittel die für ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtages notwendige Stimmenzahl aufgebracht. Der Landtag beschäftigte sich deshalb vor kurzer Zeit mit dem Antrag auf Volksbegehren, überwies ihn aber dem Rechtausuch zu eingehenden Besprechung. Der Rechtausuch hat Donnerstag mit den Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten dem Volksbegehren auf Landtagsauflösung stattgegeben und beschlossen, den Landtag sofort aufzulösen. Der bekannte Antrag unserer Genossen, ein verhängnisförderndes Gesetz zu beschließen und dadurch eine befristete Landtagsauflösung zu ermöglichen, wurde ebenfalls von den Kommunisten mitabgelehnt. Die endgültige Entscheidung über die Auflösung des Landtages wird der Landtag am 14. September selbst treffen. Damit die Kommunisten im Rechtausuch für die Auflösung gestimmt haben, ist anzunehmen, daß sie auch im Landtag gegen den Antrag der Sozialdemokratie, aber für den Antrag der bürgerlichen Parteien auf Auflösung des Landtages stimmen werden. Durch dieses kommunistische Treiben werden wichtige Gelehrte, die insbesondere die Arbeiterschaft betreffen, unmöglich gemacht werden.

Die kommunistische Sabotage von Arbeitern und Arbeitern in Sachsen stellt die Kommunistische Partei abermals in das ihr gehörende Licht. Sabotage von Arbeitern und Arbeitern auf der einen Seite. Anspruch auf Bildung von Kontrollausschüssen und damit Interessenvertretung der Arbeiterschaft auf der anderen Seite! Wie ist das miteinander vereinbar?

Neuer bayrischer Nationalismusturm.

München, 30. August.
Seit gestern sind hier große Plakate angebracht, in denen der bayrische Ordnungsbloß und die ihm angegliederten oberlandischen Verbände mit Bezug auf die Art und Weise des Abschlusses der Berliner Abmachungen und auf das Kundgebungsverbot am vergangenen Freitag erläutern, daß sie jedes Vertrauen zu der derzeitigen bayrischen Regierung verloren hätten. Zugleich hat der Landesausuch der bayrischen Mittelpartei (Dant und Dahn) folgende Kundgebung erlassen: Der Landesausuch bestreut aufs Lebhaftste, daß bei den Verhandlungen über die so genannten Erzgebirgsfälle die bayrischen Forderungen nicht voll erfüllt worden sind. Die offizielle Berichterstattung der Reichsregierung über die Vereinbarungen ist zudem geeignet, das Zutun zu der loyalen Durchführung seitens der unter dem Druck der stützenden Reichsregierung sehr herabzumindern. Der Landesausuch verurteilt diese Haltung der Reichsregierung aufs schärfste. Unfehlbar dieser Gedanken erkennt er jedoch an, daß es nicht möglich war, unter den gegebenen Verhältnissen einstweilen mehr zu erreichen, und daß die bayrische Regierung und die bayrische Koalition mit dieser Verhältnisse willen einen Bruch mit der Reichsregierung nicht verantworten konnten. Er spricht deshalb der Führung der Mittelpartei Dant und Dahn aus und ermutigt, daß sie den jetzt erst recht beginnenden Kampf gegen die verhängnisvollen Erzgebirgsfälle und für Wahrung der bayrischen Souveränität zielbewußt fortführt.

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

12. Fortsetzung.

Der Einwohner oder Weibel mußte nun mehr ein krankhaftes Théâtre herein, welches in großen Unzuliebe lebte, ohne daß der Landvogt bis jetzt hatte ermitteln können, auf welcher Seite der Schuld lag, weil sie sich gegenseitig mit Klären und Entgeklärungen übertrugen und keines verlegen war, auf die große Münze des andern Kleingeld genau herauszugehen. Nachdem hatte die Frau dem Mann ein Seiden voll heißer Nachtpflege an den Kopf geworfen, so daß er jetzt mit verbittertem Gesicht hoffte und bereits graue Fältchen seines Hauses kennzeichneten, was er mit fröhlicher Herzens alle Angenäthe prüfte, und es doch gleich wieder bereute, wenn ihm jedesmal ein neuer Riß in der Hand blieb. Die Frau aber leugnete die Tat zunächst und behauptete, der Mann habe im letzten tollen Rat die Spannseide für seine Kleider angeklebt und sich auf den Kopf hüben wollen. Der Landvogt um auf seine Weise einen Fluss zu halten, ließ die Frau abtreten und keine Kost zu dem Mann: „Ich habe mich, daß du der feindliche Teil und ein armer Weib bist, ganz dafür, und daß das Unrecht und die Feindseligkeit auf Seiten deiner Frau ist. Ich werde sie daher ein nächsten Sonntag in das Dräiländern am Markt legen, und da keiner soll sie vor der ganzen Gemeinde fernzutreten. Bis dann kann sie ruhig sitzen und sie geahndet.“ Wenn der Mann erfuhr über diesen Satz und bat den Landvogt angeblich, davon abzusehn, dann meinte seine Frau: „Nein, ich bin ein böses Weib, ja sei ja immerhin keine Frau, und es geschieht mir nicht, da ich jederzeit bei öffentlichen Sitzungen erscheinen. Es möchte bitten, es einen bei einem jüngeren Gemüte beweisen lassen zu wollen. Hierauf ließ der Landvogt den Mann hinausgehen und die Frau wieder eintreten. „Der Mann ist“, sagte er zu ihr, „einem Nachtheine nach ein Tagesende und hat sich selbst den Kopf verdeckt, um aus dem Haushalt zu flingen. Seine eingeschlagene Kost ist verdient die gesetzte Strafe, die Ihr selbst vollziehen soll! Wer wollen ken ken die eisernen Vorhänge solche Rolle so lange drallen, als Euer Herr verlangt.“

Die Frau lächelte, als sie das hörte, und lachte in die Höhe, denn der Herr Landvogt für den guten Samstag war kommt, daß sie Drille so gut treiben und nicht welche machen sollte, bis sie die Seele im Hause weg habe!

„Sie haben sich, wie der Landvogt jetzt sagt, den Schatz in

heinem Ton und verurteilte das böse Werk, drei Tage bei Wasser und Brod im Turm eingesperrt zu werden. Sonntag blieb der Draht und Frau und als sie links und rechts die Frauen mit den Rollen fingen sich, die sie fürchteten befürchteten, strafte sie nun beiden Seiten hin die Junge heraus, ehe sie abgeführt wurde.

Sie erklärte ein ganz eingeschlossenes Chaperon, das den Frieden nicht runden konnte, sonst zu willen, merum. Die Quelle des Unheils lag aber darin, daß Kater und Frau vom ersten Tage an die unerlaubten arbeitslosen gelitten und sich das Wort gegönnt hatten, was dieses zum wiederum daher, daß es beiden gleichzeitig an jeder späteren Minute schätzte, die einem Vermögen auf irgend einem Verhängnispunkt getroffen hätte. Der Mann, der ein Chaperon war, bezog ein riesiges Gerechtigkeitsgefühl, wie er meinte, und grubte während des Hörens erstaunlich über das Leben nach, während andere Schneider etwa ein Liedchen singen oder einen kleinen Spatz ausstehen; die Frau begnügte ausgiebig das kleine Vergnügen und nahm sich bei der Arbeit nur beim nächsten Schnitt nicht vorzugeben, und da sie beide fleißige Hände waren, so forderte sie jetzt zur Mündung des Chapers die zum zweiten wichtige Zeit. Aber auch diese fühlte sie nicht gehörig auszurichten, weil sie gleich im Beginn des Chaperons nebenscheinend verdeckt waren und ihrer geplünderten Kleider und in unbekannte Sammlergerüchen geriet, wo kein regelrechter Sechzehn mehr möglich war und das Blatt in Sommer Zeit entzwey. Bei dieser Leidenszeit fühlte ihnen die Röhrung nicht gut an, und sie fanden wie die Feuerung mit Glare, obgleich sie, wie gesagt, nur an Kleiderbedarf ganz arm waren, freilich das arme Proletariat. Gestern nach dem Born des Mannes war das äußerste geschiehen, so daß es anfangs noch vom Tische weglief. Heil aber des barfüßigen Thymos an einem leichten Reitensöppen hängen blieb, ehe er beschädigt und der Herstellung, der Kleiderbüchse und den Teller mit und was alles auf dem Teller. Die Frau nahm das für eine königliche Gewalt auf, nach der Schneider ließ sie, möglichst von Singen erfreut, bei diesen Gläsern, um kein Kind zu tönen und keine Karree zu zeigen. Die Frau aber wollte diesbezüglich nicht erkunden und bestiegte jetzt keine Landvogt.

Als dieser sie zum verdeckten arbeiten und ihr trockenes Blümchen, das der kleine Kater aus dem Kasten hatte, mehrmals schenkte er die Soziale ihres Handelns und verurteilte das Blümchen in der Weise: Gebrüder und gute Gewebe des Chaperons. Das kleine Kind nahm der Weibel dieses Gesetzes vor der Hand, so es an einer eisernen Ketten hing. Es war ein einsamer Käfer aus Sandstein gekleideter Domestikel mit zwei Rädern am Hinterleib, bei je sechs Beinen, die die eine Schiene, die andere ebenso setzte auf.

Nachdem die bayrischen Rechtsradikalen eben erst versucht haben, durch den Druck der Strafe, durch bewaffnete Demonstrationen, durch Eindringen nationalistischer Höhlehaufen in den Landtag usw. die bayrische Regierung zum Bruch mit dem Reich zu zwingen, bedeutet es eine Übersichtlichkeit erste Ränge, wenn die Bayrische Mittelpartei in ihrer Erklärung von einer „unter dem Druck der Strafe losenden Reichsregierung“ spricht. Diese Bestimpfung gibt gleich Gelegenheit, einmal praktisch zu erproben, ob nun das Schutzgebot für die Republik in Bayern auch wirklich gilt.

Bundestag deutscher Mietervereine.

K. Cassel, 28. August 1922.

In der Kriegszeit nahm die größere Oeffentlichkeit von den Tagungen der Mietervereine kaum Notiz. Gering an Zahl, im Fahrwasser der Bodenreformer legelnd, ließen die Vereine ein beschämliches Dasein. Das ist nun durch die verhängnisvollen Kriegsfolgen mit einem Schlag anders geworden. Heute sind über 2 Millionen Familien in den Mieterverbänden organisiert und bilden eine einflußreiche Macht. Die Organisation wird mehr und mehr nach streng gewerkschaftlichen Grundsätzen ausgebaut, ihre Presse dringt in immer weitere Kreise und was das wichtigste ist, die Hälfte der Bodenreformer auf dem großen Gebiete des Wohn- und Siedlungswesens nutzte dem Ziel der Gemeinnützigkeit Platz machen. Wohl legen die Organisationen mit Recht großes Gewicht auf politische und religiöse Neutralität; allein das schließt nicht aus, daß der Bundesvorstand bei allen einschlägigen Gesetzesvorlagen nicht nur mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zusammenarbeitet, sondern auch mit den sozialistischen Parteien. Gerade durch diese enge Zusammenarbeit fügt die Arbeiterschaft erst größeres Vertrauen zur Mieterbewegung und hilft so in wenigen Jahren die Millionenorganisation.

Der diesjährige Bundestag, der vom 31. August bis 4. September in Kassel stattfindet, steht eine Tagesordnung vor, der die Arbeitersparteien das allergrößte Interesse entgegenbringen müssen. Schon das Programm des vorjährigen Kongresses in Dresden nötigte nicht nur die Reichsregierung und die Reichsminister der Einzelstaaten ihre Vertreter zu erschenden, sondern auch die Gewerkschaften verschoben Richtung und die Linksparteien entsandten Delegationen. Viele Anregungen und Forderungen fanden Berücksichtigung im Reichsmietengesetz und im Gesetzentwurf zum Mieterschutzgesetz.

Als wichtigste Referate sind auf der diesjährigen Tagung vorgelegt: Deutsche Wohnungspolitik in Vergangenheit und Zukunft. Die künftigen Träger der Wohmwirtschaft. Wohnungspolitik in den Gemeinden. Das deutsche Wohnungsbauprogramm.

Neben letzteres Thema wird der geistige Führer der Bauhüttenbewegung, der Genosse Dr. Ingenuin Wagner-Berlin, sprechen, der schon letztes Jahr über Wohnungsbau und Mittelbeschaffung ein großzügiges Programm entwarf, das leider von Reich, Staat und Gemeinde nicht gebührend verwertet wurde. Aber gerade die Mittelbeschaffung und der Einfluß auf die Preisbildung in der Baustoffindustrie, damit die durch die Wohnungsbauabgabe eingehenden Gelder nicht in falsche Kanäle fließen, bewegt die Gesamtbevölkerung außerordentlich. Neben der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen muß daher der Bundestag als weiteres Ziel der deutschen Mieterchaft die Sozialisierung der Baustoffindustrie auf sein Banner schreiben, auch auf die Gefahr hin, als sozialistisch bezeichnet zu werden. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel und Wege wollen.

Zum Schlus darf wohl die Arbeiterschaft von der Kasseler Tagung erwarten, daß der Kampfansage der deutschen Hausbesitzer auf ihrem Münchener Verbandstag die richtige Antwort anteilt wird.

Über die Verhandlungen werden wir berichten; ebenso über die an diese Tagung anschließende Konferenz der deutschen Mietervereinsräte.

Das Magazinieren der deutschen Zeitungen. Der „Dresdner Anzeiger“ und die „Dresdener Nachrichten“ teilen mit, daß sie vom 1. September an nur noch einmal am Tag erscheinen werden. Ferner wird aus Gladbach am gestrigen Tag erscheinen, und zwar aus Gladbach, Augsburg, Düsseldorf, Lichtenstein, Waldenburg und Meerane, zusammenhängend haken und fünfzig unter dem Namen „Westfälische Gemeinschaftszeitung“ ein gemeinsames Organ herausgeben werden. Die „Halleische Morgenzeitung“ stellt mit dem heutigen Tage infolge der Notlage im Zeitungsgewerbe ihr Erscheinen ein. Das „Fuldaer Tageblatt“ teilt mit, daß es infolge der Papierverkürzung am 1. September sein Erscheinen einstellen.

„Seht,“ sagte der Landvogt, „dieser Löffel ist aus einem Lindenbaum gemacht, dem Baum der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit. Denkt beim Essen, wenn ihr einander den Löffel reicht (denn sieben zweiten bekommt ihr nicht), an eine grüne Linde, die in Blüte steht und auf der die Vögel singen, über welche des Himmels Wolken ziehen und in deren Schatten die Liebenden sitzen, die Rechte tragen und der Friede geschlossen wird!“

Das Männlein mußte den Löffel tragen, die Frau folgte ihm mit der Schürze an den Augen, und so wandelt das bleiche, magere Wärtchen trübselig an den Ort seiner Bestimmung, von wo es nach drei Wochen verschont und einig und sogar mit einem jungen Anflug von Wangencrot wieder hervorging.

Nach diesem wurde, und zwar aus dem Gefüngnis, eine verdeckte, die Frau vorgeführt, die mürrisch um sich blieb und sich nicht wohl befand. Es war die Gattin eines Untergangs, welche ihren Mann verdeckt hatte, den Landvogt mit einem Kalbsriet zu bestechen, daß er ihnen günstig gestellt würde und durch die Finger sehe. Herr Landvogt batte die Frau, die das Fleisch selbst herting und schwerzeln überreichte, so lange in den Turm gelegt, bis das Bierstielstab von ihr aufgegessen war, das sorgfältig für sie gekocht wurde. Sie hatte sich begreiflicherweise damit bestellt, so sehr sie konnte, und vermochte nun ein gemisches Mahlbehagen nicht zu verbergen. Der Landvogt eröffnete ihr, daß die Verzehrung des Kalbsriet als Strafe für einen Verleumdungsversuch anzusehen sei, daß aber für die Verleitung des eigenen Gemahns zum Bösen eine Geldstrafe von fünfundzwanzig Gulden und für die nachgiebige Schmähe des Mannes eine Buße von wiederum fünfundzwanzig Gulden auferlegt werde, was der Schreiber vormetten möge. Die dicke Frau machte eine ungefährte Verbeugung und watschelte, mit beiden Händen den Bierstab haltend, von dannen.

Zwei Säwesterl von schöner Lebendigkeit waren angetroffen, den stillen und harmlosen Chemnitzern naßzustellen und Zwieträger und Unglück in den Haushaltungen zu stören, und überdies ihre eigene alte Mutter auf dem Kramtisch hängen und dahinziehen zu lassen. Vor das Gericht des Landvogts gerufen, erklärten sie in verdeckend uppigen Gewänder, die Hände in verdeckter Weise gepunkt und mit Blumen geschmückt; und mit süßen Lächeln, fertige Blicke auf den Landvogt werfend. Trauten sie auf. Ihre freche Wöchtl erkannte, daß sie die eine Schiene, die andere ebenso setzte auf.

(Fortsetzung folgt)

Ein Jahr Parteiarbeit.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag.

Viel stärkere Mitarbeit am politischen Leben als in früherer Zeit erfordert heute unsere schnellbewegliche Zeit von den politischen Körperschaften. Der umfangreiche Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag legt Zeugnis ab von der ungeheuren sozialdemokratischen Tätigkeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung. In engem Zusammenhang mit dieser Tätigkeit steht die Arbeit des Parteivorstandes, der in seinem Bericht an den Parteitag gewissmachte die Krisalisierung politischer, agitatorischer und organisatorischer Parteiarbeit wiederspiegelt. Hinter diesem kurzgedrängten Bericht verbirgt sich mehr körperliche Arbeit als der Außenstehende erkennen kann. Die politischen Ereignisse werden im allgemeinen Bericht des Vorstandes nur in großen Zügen erwähnt, wiewel Beratungen, Konferenzen und Sitzungen aber mögen notwendig gewesen sein, um in der für die junge deutsche Republik immer noch stürmischen Zeit ihr helfend und richtunggebend zur Seite zu stehen. Die Trennung wertvoller Gebiete Oberschlesiens und starker Gruppen des deutschen Volkes aus der deutschen Staatsgemeinschaft, die Verhandlungen von Cannes und Genoa, die Morde an Erzberger und Rathenau, die gewissenlose Agitation der Rechtspuskhisten, der Konflikt mit Bayern, die Fragen der Reparation, der Teuerung und Währung brauchen nur erwähnt zu werden, um im Geiste kurz zu recapitulieren, in wie hohem Maße gerade unsere Partei, die stärkste politische Partei in Deutschland, mit diesen Fragen sich beschäftigen musste. Für die Erhaltung der Republik besorgt, erwuchs ihr die Aufgabe, tatkräftig in die Geschichte der deutschen Politik mit einzutreten. Der Parteivorstand war dabei in hohem Maße beteiligt.

Unsere Agitation wurde im Berichtsjahr durch die wirtschaftliche Bedrückung des Volkes, durch die ungeheure Teuerung sehr erschwert. Der Bericht des Vorstandes führt mit Recht auf diese Umstände den geringfügigen Rückgang in der Mitgliederzahl zurück, der nach der günstigen Entwicklungsjahren zu verzeichnen ist. Die Zahl der Mitglieder sank gegen das Vorjahr um 46 954. Nicht alle Bezirke hatten Rückgänge; 12 Bezirke hatten Zunahmen; die Abnahme betrug noch nicht ganz 4 Prozent. Unsere Partei ist aber immer noch die Millionenpartei, 1 174 105 Mitglieder zählte sie am Schlusse des Berichtsjahres, darunter 148 099 weibliche. Die Zahl der Ortsvereine vermehrte sich sogar um 46 gegenüber dem Vorjahr; sie betrug am Jahresabschluß 9678. Die Agitation war im besetzten Gebiet, im Saarrevier und in Oberschlesien durch die Zensur der Besatzungsbehörden besonders erschwert. Alle diese politischen und wirtschaftlichen Widerstände behindern die Werbearbeit der Partei. Dazu kommt, wie der Bericht sagt, daß der politisch Kurzfristige vielfach der Partei das entgegen läuft, was die politisch abnormen Zustände verschulden. Von unserer Partei wird verlangt, daß eine soziale Hebung der Arbeiterklasse sofort erfolgen soll. Alle Sünden einer früheren Zeit werden auf sie abgewälzt. Bekannt wird dabei vielfach, daß unsere Partei hierbei mit starken Gegenträtern zu rechnen hat und daß es nicht in ihrer Macht steigt, diese im wirtschaftlichen Leben im Handumdrehen zu beseitigen. Die Parteibeträge werden in einzelnen Familien als lästig empfunden, ohne oft dabei zu bedenken, daß diese Sparsamkeit am falschen Objekte geübt wird und eine kleine Einschränkung an anderen Ausgaben besser am Platze wäre.

Mit diesen Schwierigkeiten hat auch unsere Parteipresse zu kämpfen. Die fabelhaft gestiegenen Papierpreise erfordern fortgesetzte Erhöhungen des Abonnementspreises. Ein Rückgang der Abonnementziffer ist die Folge. Hunderte von Zeitungen mußten im Laufe der Zeit ihr Erscheinen einstellen; auch einige Parteizeitungen mußten ihren Betrieb schließen.

Der Frauenbewegung wurde besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Schon auf den beiden letzten Parteitagen war ein Rückgang in der Zahl der weiblichen Mitglieder zu ver-

zeichnen. Parteivorstand, Parteiausschuß und eine Konferenz der Führerinnen in der Frauenbewegung beschäftigte diese Frage eingehend. Die Beratungen führten zu Beschlüssen, die eine Belebung der Frauenagitation erhoffen lassen. Die Berichte aus den einzelnen Bezirken zeigen, daß überall fleißige Auflösungs- und Organisationsarbeit geleistet wird. — Von der Arbeiterwohlfahrt wurden gute Fortschritte berichtet.

Erfreuliches zeigt unsere Arbeiterjugendbewegung. Ein überaus reges und wirksames Leben! Der Verband zählte in 1305 Ortsgruppen rund 85 000 Mitglieder. Das Verbandsorgan, die „Arbeiterjugend“, das am Jahresanfang 56 000 Bezieher hatte, konnte seine Auflageziffer auf 75 000 im Laufe des Berichtsjahrs steigern. Die Unterhaltungsabende und Bildungsveranstaltungen waren durchweg sehr gut besucht; der zweite Arbeiterjugendtag in Bielefeld gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung, die die innere und äußere Kraft unserer Jugendbewegung offenbarte. Auch die Bildungsarbeit im allgemeinen erfuhr gute Förderung, wie der Bericht des Zentralbildungsausschusses uns zeigt, wenn auch eine planmäßige intensive Bildungsarbeit infolge der politisch und wirtschaftlich unruhigen Zeit nicht recht eingesetzt konnte. An eine Parteischule, wie wir sie früher hatten, ist natürlich garnicht zu denken, die Volkshochschule in Schloß Tinz bei Gera bot insfern Erfolg, als einem sehr kleinen Kreis unserer Genossen die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Ausbildung geboten wurde.

Die Internationale entfaltete eine außerordentlich intensive Tätigkeit. Der Gedanke der Zusammenarbeit mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft wurde unausgelebt gefordert. Auch die Frage der Bildung einer Einheitsfront beschäftigte sie rege. Die Kommunisten waren bekanntlich auf das taktische Manöver verfallen, diesen Ruf nach der Einheitsfront in die Welt zu senden. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft glaubte wohl an den guten Willen der Moskauer, mußte aber bald auch die Erfahrung machen, daß mit diesen politisch unzuverlässigen Kantonisten eine wirkliche Einheitsfront nicht hergestellt werden kann. Die guten internationalen Beziehungen, die jetzt wieder mit fast allen europäischen Parteien bestehen, sind in dem Bericht eingehend gemündigt. Die Internationale wirkt für ihren Teil sehr stark daran, die unwürdigen politischen Verhältnisse der Nationen wieder für die Arbeiterklasse extraktisch zu gestalten. Wünschen wir ihnen bisher sichtbaren Erfolgen für die nächste Zukunft noch weitere Erfolge.

Welch überaus reges politisches Leben in unserer Partei herrscht, zeigen die überaus zahlreichen Anträge, die zum diesjährigen Parteitag gestellt sind. Das Streben nach der Wiedervereinigung beider sozialistischen Parteien ist auf beiden Seiten vorhanden, diverse Anträge zum Parteitag befanden das noch besonders. Endgültige Beschlüsse sollen die beiden Parteitage fassen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß sie im Sinne der baldigen Vereinigung aussallen werden, da Männer und Führer sich darüber einig sind, daß die organisatorische Zerplattung der Arbeiterklasse nur den Reaktionären dienstbar ist. Die taktischen Meinungsverschiedenheiten in der politischen Auffassung beider Parteien sind durch die Zeitumstände abgeschafft; alle Voraussetzungen für die Einigung sind gegeben.

Nur eine Gruppe Proletarier steht noch unter dem Einfluß kommunistischer Tendenzen. Bleibt erst der russische Rubel für die deutschen Kommunisten aus, weil Moskau die Erfolgslosigkeit der kommunistischen Bewegung in der deutschen Filiale einsehen muß, dann werden die Linksbolschewisten hier zu Lande auch bald am Ende ihres Latein sein. So bietet wenigstens die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland ein hoffnungsfrohes Bild für die nächste Zukunft. Unter dem Zeichen der proletarischen Einigung steht unser Parteitag. Möge er gute Arbeit leisten, im Interesse des arbeitenden Volkes.

Junkerspol über Arbeiterpolitik.

Die „Kreuzzeitung“ wendet einen Leitartikel auf, um die Anträge zum Sozialdemokratischen Parteitag ins Lächerliche zu ziehen. Ein Hanswurst aus Oberlößnitz i. S. reißt im Jahrmarktbummel zu den Anträgen „Witz“. Für das geistige Niveau des Adelsblattes mögen folgende Proben dienen. „Im Vorschlag des Parteivorstandes, den Mitgliedsbeitrag auf mindestens 3 Mrd. wöchentlich festzusetzen, wird bemerkt:

„Wieder Wochen Arbeitsniederlegung, Strafenstrafen und sonstige politische Kampfmittel wären wohl das „Gebot der Stunde“, um einer Regierung, die den Arbeitern solche Summen als direkte Steuern abknüpfen wollte, ihre Blutsausgei politisch abzugewöhnen!“

Zu einem Antrag Hamburgs auf Abschaffung aller Titel aus den wilhelminischen Zeiten: „Was wird Ezellenz Scheidemann dazu sagen?“ (Weder Genosse Scheidemann noch sonst ein sozialdemokratischer Minister hat je den Titel Ezellenz angenommen.) Zu einem Antrag der Ortsgruppe Heinrichswalde auf Befreiung der monarchistischen Domänenpächter: „Die republikanische Gefinnung wird dem Wachstum der Früchte förderlich sein.“ Zu einem Antrag Hamburg, Mittel bereitzustellen, die Angehörigen der marktäglichen Bevölkerung das Rechtsstudium ermöglichen: „Warum das Rechtsstudium? Wenn die Laienrichter (!) der organisierten Arbeiterschaft angehören, so ist der Befähigungsnachweis erbracht.“ Zu einem Antrag Waldenburg, die Immunität auf die Gemeindebehörden auszudehnen: Fahrten 1. Klasse sollten den 20 000 bis 30 000 Gemeindebeigeordneten auch zugebilligt werden; das spielt doch bei den Überflüssen der Reichseisenbahn keine Rolle.“

In dieser Tonart geht es spaltenlang. Es ist ganz gut, wenn die Arbeiter auf diese Weise einmal erfahren, wiewel Verständnis für ihre Gedanken in den Köpfen der Hochwohlgeborenen vorhanden ist, die „nichts gelernt und nichts vergessen“ haben.

Deutsches Obst ins Ausland!

Nürnberg, 29. August

Deutschland hat dieses Jahr eine außerordentlich reiche Obsternte. Die Bäume hängen bis zum Brechen voll, aber nur mit bitteren Gefühlen kann das Volk diese Überfülle des Segens betrachten, denn die empörend hohen Obstpreise wollen nicht weichen, befinden vielmehr die Neigung, noch weiter in die Höhe

„Durch günstige Valuta!“ Diese drei Worte sagen mehr als es lange Kommentare vermögen. Volk und Staat drohen an dem Niedergang unserer Währung zugrunde zu gehen, für diese Hünne aber sind die Verhältnisse „günstig“, erhalten sie doch dadurch Gelegenheit, sich den Beutel zu füllen.

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

39 Bände Alten!

Über den augenblicklichen Stand der Mordsache Rathenau erfährt die Korrespondenz BS, daß nach Abschluß der Voruntersuchung sich die Alten jetzt bei der Reichsanwaltschaft zur Bearbeitung der Anklage befinden. Nach Fertigstellung der Anklageschrift wird diese den sämtlichen Angeklagten zugestellt werden. Ein Zwischenverfahren mit dem Ziel auf Entschließung über eine Eröffnung des Hauptverfahrens findet nach dem Gesetz zum Schutz der Republik nicht statt. Dagegen wird den zahlreichen Verfeindigern noch ausgiebig Gelegenheit gewährt werden müssen, mit den Angeklagten in Verbindung zu treten, was ihnen bisher im Interesse der Untersuchung verwehrt worden ist, sowie die inzwischen auf etwa 30 Bände angegeschwollene 39 Akten ordnungsgemäß einzusehen. Die Anklage wird der Oberreichsanwalt Dr. Ebermann selbst vertreten. Die Verteidigung führt für die Gebrüder Techow Justizrat Dr. Hahn und Rechtsanwalt Dr. Saal-Berlin, für Günther Rechtsanwalt Dr. Quetgebrüne-Göttingen, für Stubenrauch Rechtsanwalt Dr. Hüsener, Berlin, für Isenmann, Alfred Hoffmann und die übrigen wegen Beihilfe Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Bloch-Berlin und Justizrat Graebe-Odenburg, für Dr. Stein, Kapitänleutnant Diedrich und die wegen Begünstigung Angeklagten Dr. Quetgebrüne-Göttingen, für Dietzel und Küchenmeister Rechtsanwalt Dr. Wolf-Berlin. Eine Festsetzung des Verhandlungstermins ist bisher noch nicht erfolgt. Vorläufig sind die Mitglieder des Staatsgerichtshofes noch nicht einberufen.

Die Rhönflieger nach London und New York eingeladen.

Berlin, 30. August.

Die Rhönflieger Henzen und Marten sind unter glänzenden Bedingungen eingeladen worden, in New York und London Schauspiele zu veranstalten. Diese Einladungen sind von der New York World und von der Daily Mail ergangen. Das Newyorker Blatt hat den amerikanischen Flieger Fabre, die Daily Mail den englischen Flieger Reynolds nach Deutschland entsandt. Sie sollen mit den deutschen Fliegern ein Abkommen treffen, noch in diesem Herbst in New York und London zu fliegen.

Volkswirtschaft.

Wiemärkte.

Hamburg, 31. August.

Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 50 kg. Lebendgewicht Ochsen und Färsen: vollf. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 6400—6800 Mt., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 5800—6300 Mt., fleischige (3. Qualität) 5200—5700 Mt., gering genährte (4. Qualität) 4400—5000 Mt. Bullen: vollf. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 5800—6500 Mt., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 5200—5700 Mt., fleischige (3. Qualität) 4600—5100 Mt., gering genährte (4. Qualität) 4200—4800 Mt. Rühe: vollf. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 6800—6800 Mt., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 5200—5200 Mt., gering genährte (3. Qualität) 4400—5100 Mt., geringe Sorte (Burfschafe) 3000—4000 Mt.—Schafe: Mastlamm und jüngere Masthammel. Weidemast (I. Qualität) 7000—7400, II. 6000—6500 Mt. III. 3000—4500. Marktzufuhr: 2563 Rinder (hierunter 669 Ochsen, 317 Färsen, 498 Bullen, 1019 Rühe), 2641 Schafe. Der Handel verlief teig. Die Preise wurden erhöht.

Börse.

In Berliner Finanzkreisen war heute vormittag bekannt, daß die Dinge in Paris sich in einem für Deutschland weniger günstigen Sinne entwickeln. Allerdings war man der Meinung, daß die in sensationeller Aufmachung gebrachte Meldung eines heutigen Vormittagsblattes: „Die deutschen Börschläge abgelehnt“, nicht völlig zutreffend sei. An der Börse herrscht sogar über diese Stimmungsmache eine gewisse Entrüstung. Im Vormittagsverkehr zog der Dollar zeitweilig bis 1800 an. An der Börse bewegte sich der Kurs gegen Mittag zwischen 1700 und 1725. Die heftige Spekulation ist der Meinung, daß heute in Paris doch immerhin noch ein Moratorium auf kurze Frist, wenn auch unter schweren Bedingungen zu stande kommen werde. Man nimmt an, daß der belgische Börschlag vielleicht mit gewissenänderungen angenommen wird. Die Börse verhält sich naturgemäß infolge der noch herrschenden Ungewissheit sehr zurückhaltend. Das zeigt sich besonders an den Eisfertigkeiten, wo außerdem die anhaltende Geldknappheit das Geschäft stark unterbindet. Selbst am Markt der Auslandsschenken und sonstigen Valutapapiere war die Bewegung heute nicht mehr so stürmisch wie gestern.

Devisen-Kurse.

Berlin, 1. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

31. August. 30. August.

Amsterdam	100 fl.	68414.35	60424.35
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	—	11885.75
Kristiania	100 Kr.	29863.25	25767.75
Kopenhagen	100 Kr.	37458.10	32459.35
Stockholm	100 Kr.	46342.—	39950.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	3695.35	3295.55
Rom	100 Lire	7440.65	6841.40
London	1 £	7840.15	6916.30
New York	1 Doll.	1728.88	1548.16
Paris	100 Frs.	13188.50	11985.—
Zürich	100 Frs.	32858.86	29612.90
Madrid	100 Pesetas	26766.40	24119.80
Wien	100 K.	2051/4	1.98
Prag	100 K.	5765.75	5099.80
Budapest	100 K.	76.90	74.90

Berantwortlich: Für Politik und Wirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuerland Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulte; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. Mainz in der DR.

Ohne Risiko durch günstige Valuta !

Alte, renommierte Firma sucht Abnehmer gegen Provision und Bankakkreditiv in

England **Holland** **Skandinavien**

für 500 Waggons prima Herbst- und Winterbirnen, Tafeläpfel, Zwetschen, Mostäpfel. Prima Referenzen vorhanden. Angebote unter D. M. 2609 an R. Mosse, Dresden.

200 Waggons

Mostäpfel

Alte, renommierte Firma mit besten Referenzen sucht Abnehmer in **Frankreich**, **England**, **Holland** gegen Provision und Bankakkredit. Sehr billig infolge günstiger Valuta. Angebote unter D. M. 2609 an Rudolph Mosse, Dresden.

Vorlesungs-Seminar
für Lehrerinnen

Hotel Viktoria Fernruf 452.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.
C. Hansens Restaurant, F. 8636. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagsstisch 12-2. Abendstisch 6-9. Fremdenzimmer.
Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser. Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Strßbahlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fünhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagsstisch.

Bodegs Weinstuben, F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenbeck. Gemütl. Aufenthalt. Tägl. von 5-1 Uhr Künstlerkonzert. Billards. W. Bruhn.

Stadttheater — Weiber Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr.

Stadt-Café Holstenstraße 17. Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferk.

Café Viktoria Täglich Konzert Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Poland Tägl. Künstler-Konzert.

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spicker Wwe. Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater Fernruf 8888. Breite Straße 12. Erste und vornehmste Lichtbildbühne. Jeden Freitag sieht das Neueste und von diesem nur die ansehnlichsten Programme. Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 1. Bar m. Weinstuben. Decente Musik.

Gerhard Tschorn Spelskasino. Johannissstr. 3.

Johns Stammer Konditorei — Kaffee. Lindenstraße 16.

Hedermanns Konditorei Täglich Konzert.

WIEDELS Goldschmied und Juwelier

C. Porté Goldschmiedemeister. Fabrikation u. Verkauf feiner Trauringe. Fleischhauerstr. 28, Breite Str. 25.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied. Fernruf 8740. Marlesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt Herrenstrasse 8. Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Gold-, Silberwaren, Versilb., Alpacca, Nickelwaren. Breite Straße 43.

Hallers Musikkiosk Lübeck. Marienstr. 6.

Meyer & Egoert Fernruf 2425. Königstraße 116. Ausstellungsräume.

Musikkiosk Fr. Dietrich & Co. Wurstfabrikation. Besteckteile. Noten jeglicher Art. Samen. Beckergrube 27.

Musik-Ernst Robert Instrumente, Lauten, Gitarre, Mandoline usw. Breite Straße 29. Fernr. 8750.

A Muster-Schutz Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Ehlers & Reitwisch

St. Petri 2/4. Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur, Konfektion, Schuhwaren.

Schuhhaus Zentrum

Inh.: W. Ludwig, Marktstraße 2.

Musikhause Jack

Musikalien aller Art. Marktstraße 2.

Grabstein C. J. G. Rediglau Nöllig.

Israelsdorfer Allee 17. u. 34.

Größte Auswahl am Platze. Billige Preise.

Restaurant Spaßvogel

Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202. Gemütlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-Konzert.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee.

Fernruf 2394.

Restaurant, Café, Konditorei.

Trocadero

Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Niedermaus

Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. 1. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal

Kohlmarkt 1. Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss

Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8398.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg		Süßen		Eutin		Travemünde	
ab	an	ab	an	ab	an	ab	an
5:45	7:30	5:50	7:05	6:00	8:12	6:15	7:22
7:20 W	8:30	7:00	8:44	7:30	9:47	7:45	9:52
7:47	9:21	7:50	8:55	8:15*	10:05	8:35	9:45
9:25 D	10:35	8:20 D	9:32	5:50	8:32	5:55	8:44
11:05	12:25	8:40 D	9:57	9:25	10:35	7:22	8:50
1:25	2:55	8:40 D	9:57	—	—	7:44 S	8:54
3:45	5:00	10:17	11:54	—	—	7:58	8:57
4:47	5:59	12:22	13:58	Meilen		Hamburg	
7:20 D	8:30	3:10	4:17	10:05	11:25	7:22	8:32
7:22	9:02	3:35	5:15	7:25	8:30	7:25	8:34
8:20 D	9:12	3:35	5:15	7:25	8:30	7:25	8:34
9:25	10:47	5:15	6:15	9:25 D	10:45	9:25	10:45
9:25	11:25	6:35 D	7:22	9:25 D	10:45	9:25	10:45
10:25	11:45	7:25	9:25	12:22	13:58	10:35	12:10
—	9:25	9:25	12:22	13:58	15:45	10:35	12:10
—	9:25	10:25	5:25	7:25 D	8:12	9:25	10:19
—	11:25	11:25	9:25	11:25	12:22	10:35	11:17
Büderup		11:25	12:22	13:58	15:45	10:35	12:10
Segeberg		Meilen		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg		Büderup		Travemünde	
Büderup		Segeberg					